
Pressemitteilung des Niedersächsischen Integrationsrates vom 17.02.2022

Hanau: Gegen das Vergessen - Für Gerechtigkeit!

Seit dem 19. Februar 2020 reiht sich eine weitere Stadt in die Liste der Anschlagsorte mit rassistischen Morden. An diesem Tag wurden neun junge Menschen von einem Rechtsextremisten aus dem Leben gerissen.

Sie hießen:

Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu sowie die Mutter des Rechtsextremisten.

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang sagte:

„Die größte Bedrohung für Sicherheit und Demokratie geht weiterhin von Rechtsextremismus aus. Wir sehen tagtäglich rechtsextreme Gewalt in Deutschland“.

Die rassistisch motivierten Morde von Hanau und andere rassistisch motivierte Übergriffe, wie jüngst auf Dilan S. in Berlin, unterstreichen die Sätze des Präsidenten für Verfassungsschutz und machen wenig Hoffnung auf ein sorgenfreies und vor allem angstfreies Leben.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser teilen die Einschätzung von Thomas Haldenwang, dass vom Rechtsextremismus die größte Gefahr ausgeht. Deshalb ist seine Bekämpfung nicht nur eine politische und behördliche Aufgabe, sondern es ist eine gewaltige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, damit eine solche Tragödie wie in Hanau nie wieder geschieht.

Ohne eine systematische Bekämpfung von rassistischen Strukturen in Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr und anderen Behörden, wird es immer wieder zur Verschleppung von Beweismitteln und zu Fehlern bei der Aufklärung von rechten und rassistischen Anschlägen kommen, wodurch das verlorene Vertrauen nicht zurückkehren wird.

Deshalb fragt die Mutter eines ermordeten Menschen von Hanau zurecht:

„Ich frage Sie: Was wollen Sie wirklich tun, damit sich etwas verändert?“
(Serpil Unvar, Rede vor dem Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags am 21. Januar 2022)

Es ist beschämend, wie mit den Opferfamilien umgegangen wird. Nicht nur, dass sie mit ihrem Schmerz leben müssen, sie müssen für Gerechtigkeit und Aufklärung kämpfen, damit endlich Konsequenzen aus den rassistischen Anschlägen gezogen werden können.

Rassistische Anschläge müssen auch in der Aufklärung die Perspektive der Opfer und Angehörigen einbeziehen, um eine vollständige, aber auch respektvolle Aufklärung und Aufarbeitung zu gewährleisten.

„Wenn rechter Hass immer weiter durch rechte Demagogen gefüttert wird, entsteht daraus Terrorismus! Dieser rechtsradikale Terrorismus ist aktuell die größte Bedrohung unserer Demokratie, unseres friedlichen Zusammenlebens und unseres demokratischen Staates“, sagte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius.

Wir als Niedersächsischer Integrationsrat begrüßen diese Aussage und fordern, dass eine Sensibilisierung durch Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sowie gegen Rassismus gesamtgesellschaftlich erreicht wird, um ein gemeinsames, sicheres und friedliches Miteinander zu gewährleisten.

V.i.S.d.P.: Nele Winter, Geschäftsstellenleiterin, Geschäftsstelle Bildungsverein, Stadtstr. 17, 30159 Hannover

Hannover, 17. Februar 2022

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung